

## Der bedrohte Prater.

Schrebergärtner wollen dort Häuser bauen. Während der langen Kriegsjahre sind in Wien, insbesondere im Gebiete des Praters, und des Wald- und Wiesengürtels brachliegende Flächen dem Gemüseanbau nutzbar gemacht worden. An den Schafberghängen, nächst dem Rosental bei Hütteldorf, in Hiezing und Ober-St. Veit, überall haben Schrebergärtner weitläufige Anlagen geschaffen. Ausgedehnte Gründe wurden bebaut. Bei einer Wanderung durch diese Zonen an der Peripherie der Stadt sieht man Tausende der nach der äußeren Form charakteristischen Schrebergärtchen. Jedes Fleckchen ist sorgsam abgegründet, auf jedem umgrenzten Raum erheben sich die primitiven, meist winzigen Holzhäuschen der Gartenbewirtschafter, sie dienen den Eigern auch vielfach als Sommerwohnstätten, wo sie nach der Tagesarbeit in der heißen, stauberfüllten Atmosphäre der Großstadt Ruhe und Erholung finden.

Die Idee des Schrebergarten Systems ist durch die städtischen Behörden verständnisvoll gefördert und unterstützt worden. Trug doch diese Form der Bewirtschaftung im Kleinen einigermaßen dazu bei, die Not an Nahrungsmitteln für einen erheblichen Teil der Großstadtbewohner zu lindern, sie bot ihnen Gelegenheit, in mühevoller, harter Arbeit dem Boden Früchte abzurufen und durch diese Art der Selbstversorgung haben sie die allgemeine Nahrungsmittelversorgung nicht unwesentlich entlastet. Mit jedem Jahre breitet sich die Aktion aus. Es ist unzweifelhaft, daß das Schrebergarten System, ursprünglich als Notbehelf gedacht, zur dauernden Einrichtung geworden ist und sich auch in den folgenden Friedensjahren in dem Maße, als unsere Nahrungsmittelversorgung aus fremden Quellen schöpfen muß, sich behaupten wird. Aber wie jede gute Sache hat auch das Schrebergarten System seine Schattenseiten. Sie liegen vorwiegend in dem Drang des Einzelnen, den erworbenen Pachtbesitz ausschließlich für Zwecke des Eigenbedarfes zu nützen, sich auf der kleinen Scholle gleichsam auszuheben und in weiterer Folge festhaft zu machen. Eine immer weiter um sich greifende Bewegung unter den Schrebergärtnern zielt denn auch darauf ab, in den Pachtgebieten sich dauernd niederzulassen. Sie wollen der Stadt endgiltig den Rücken kehren und in den neuen Siedelungen sich als Kleinrentner festsetzen.

Diese Aktion hat Wege eingeschlagen, die eine Gefahr für öffentliche Interessen bedeuten. Die Kriegsgemüsegärtner, in Vereinen organisiert, schreiten jetzt an die Gründung von Wohnungsgenossenschaften, die in den Schrebergartensiedelungen eigene Häuser zum Selbstbewohnen errichten wollen. Eine große Gruppe dieser Interessenten, die auf der Wasserwiese und der anrenzenden Stedebinwiese in unserem Prater tausende von Gärtchen angelegt haben, ist an die Gemeindeverwaltung mit der Forderung herantreten, dort Landhäuschen zu bauen. Für jedes Häuschen werden bei-  
läufig 800 Quadratmeter Grund beansprucht. Zu dem Bauaufwand soll die Stadt aus öffentlichen Mitteln entsprechende Beiträge leisten.

So sehr jede Siedelungsaktion in dieser schweren Zeit zu begrüßen ist, muß doch gegen die Art der Durchführung, wie sie hier geplant ist, entschieden Einspruch erhoben werden. Es geht nicht an, daß man den Prater, der Gemeingut von ganz Wien ist, die einzige Oase in dicht verbauten großen Stadtteilen, seines Charakters als Volkserholungsstätte entkleidet, indem man ausgedehnte Flächen, wie die Wasserwiese und die Stedebinwiese, der Verbauung überläßt. Für neue Wohnungsbauten ist an den Gemärlungen der Stadt, deren Gebiet dormalen siebeneinhalbmal größer ist als das Gemeindegebiet von Paris, reichlich Baugrund vorhanden. Am Rande des zehnten, des elften, des vierzehnten und des einundzwanzigsten Bezirkes, auch in der Nähe der Landesirrenanstalt sind ausgedehnte Flächen, die der Besiedelung zugeführt werden können. Ob eine Aktion unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen überhaupt Aussicht auf Erfolg hat, ist sehr die Frage. Denn das Einsetzen einer stärkeren Bautätigkeit stößt jetzt auf schier unübersteigliche Hindernisse. Es fehlt an Rohstoffen, an entsprechenden Baufrediten und an den unerläßlichen Vorbedingungen der Rentabilität. Muß sich doch die Gemeindeverwaltung selbst bei der Verwirklichung ihres Investitionsprogrammes in engen Grenzen

halten. Sie kann nur die dringendsten Notstandsarbeiten im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge schrittweise in Angriff nehmen, obgleich weitumfassende Aufgaben zu lösen wären. Die private Bautätigkeit aber stockt gänzlich, sie beschränkt sich auf unumgänglich notwendige Adaptierungen. Unter solchen Umständen mutet es fast an, wenn die neu gebildeten Wohnungsgenossenschaften der Schrebergärtner ihren Mitgliedern die Herstellung billiger Landhäuschen versprechen und ihnen in den Versammlungen Kostenvoranschläge machen, die auf die Vorkriegszeit passen, in dieser Zeit der wahnsinnigen Teuerung und des Rohstoffmangels aber geradezu als utopisch bezeichnet werden müssen.

In maßgebenden kommunalen Kreisen begegnet begreiflicherweise die Aktion der Schrebergärtner nicht nur schwerem Bedenken, sondern auch starkem Widerstande. Insbesondere die Idee, Teile des Praters als neues Siedlungsgebiet heranzuziehen, wird entschieden bekämpft. In diesem Widerstande wird die Gemeinde die gesamte Stadtbewohnerschaft an ihrer Seite finden. Der Prater muß für ewige Zeiten der Allgemeinheit unverändert erhalten bleiben.